

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltenen Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

Krieg und Wirtschaftsleben.

Während im Westen und Osten Deutschlands Söhne unter den heißen Segenswünschen der Zurückgebliebenen um das Fortbestehen von Deutschlands Selbständigkeit kämpfen, gilt es im Innern des Deutschen Reiches die unermesslichen wirtschaftlichen Schäden des Krieges auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Dazu müssen alle Beiträge, ohne Ausnahme. Wer sich weigert, oder gar aus der allgemeinen Noilage einen schädigen Nutzen zu ziehen sucht, muß in geeigneter Weise zur Verantwortung gezogen werden, was ja auch schon geschehen ist. Die Tagespresse hat schon wiederholt von den strengen Maßnahmen berichtet, die gegen Lebensmittelwucherer z. n. notwendig wurden, desgleichen von Unternehmern, die glaubten, die Noilage der Arbeiter durch Lohnkürzungen z. auszunutzen zu können. Weiter muß die Hilfsstätigkeit planmäßig ausgeführt werden, damit einerseits nicht die Kräfte verstreut werden und andererseits nicht ein Teil der Hilfsbedürftigen verhältnismäßig reichlich bedacht wird, während der andere Teil leer ausgeht. Trübsal klagen zu Beginn des Krieges die Nachrichten, daß eine gute Ernte an Getreide und Kartoffeln in Aussicht stehe. Es erhob sich nunmehr der allgemeine Wunsch, daß die durch die Mobilmachung verminderte Landbevölkerung beim Einbringen der Ernte unterstützt werde durch arbeitslose Industriearbeiter. Daß die Gewerkschaften sofort bereit waren, dabei zu helfen, ist unseren Lesern bekannt, ebenso, daß das Reichsamt des Innern diese Hilfe gerne annahm. Weiter sah der Vorstand der sozialdemokratischen Partei sich veranlaßt, folgende Forderungen für die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln zu erlassen:

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie empfiehlt im Hinblick auf die Kriegszeit folgendes Programm für landwirtschaftliche Produktion, das von ihm auch im Reichsamt des Innern zur Erörterung gestellt wird. Überall, wo unsere Genossen Einfluß auf die maßgebenden Organe und Organisationen haben, werden sie energisch für dieses Programm eintreten:

1. Maßregeln zur Regelung der Produktion:
a) Organisation der Einbringung der Ernte und ihrer Zubereitung; b) Feststellung der Pflicht der Landwirte zu bestimmten Arten der Produktion. Sofortige Bebauung der Brachfelder mit raschwachsenden Futterkräutern und Gemüsen. Organisation der Milch- und Milchproduktion.
2. Maßregeln zur Beschaffung von Produktionsmitteln: a) Lieferung von Dünger und Saatgut durch öffentliche Institutionen und Regelung ihrer Verwendung; b) Lieferung von Maschinen durch Kommunalverbände an die Besitzer zu intensiver Anwendung; c) Freigebung der Wälder und Moore zur Streugewinnung.
3. Beschaffung von Arbeitskräften: a) Regelung der Anwendung; b) Sicherung eines Minimallohns; c) Aufhebung der Gewerbeverbote und der Ausnahmebestimmungen gegen Landarbeiter.
4. Vorschriften über die Verwendung von Produkten: Ausschluß von Kartoffeln und Getreide von der Branntweinproduktion, Regelung der Einschränkung der Produktion von Bier, Zucker, Stärke.
5. Verpflichtung der Landwirte zum Verkauf ihrer Produkte an öffentliche Institutionen (Mehle, Land, Gemeinden).
6. Preisfestsetzung für Produktionsmittel und Produkte, für Produzenten und Zwischenhändler.
7. Produktion der Lebensmittel und Regelung des Umlaßes durch Staat und Volk.
8. Umfassende Anwendung auf Fischerei, Forstwirtschaft, Rohstoffproduktion, Chemische Industrie.

Der Parteivorstand richtet an die Parteigenossen in den kommunalen Verwaltungen und Körperschaften das Ersuchen, sofort die folgenden Punkte, die von der sozialdemokratischen Fraktion auch schon im Reichsamt des Innern als Forderungen gestellt wurden, einzubringen:

1. Unterstützung der Arbeitslosen: a) durch Weiterführung resp. Beschleunigung der städtischen Bauten; b) durch Geld.
 2. Fürsorge für die Kinder der Eingezogenen und der Arbeitslosen: a) durch Kindergärten und Kinderhorte; b) durch Speisung; c) durch Säuglingsfürsorge.
 3. Fürsorge für Lebensmittel: a) durch Festlegung von Höchstpreisen; b) durch städtischen Bezug von Lebensmitteln; c) durch Erhaltung und Ausbau von Speiseanstalten; d) durch Vertrieb von Brot.
 4. Hilfe für Wöchnerinnen: a) durch Anstaltspflege, in städtischen oder in Privatbauten, für Unbemittelte auf städtische Kosten; b) durch Hauspflege (Hebammen und Ärzte), für Unbemittelte auf städtische Kosten.
 5. Krankenpflege: für unbemittelte Nichtversicherungte freie ärztliche Behandlung und Heilmittel auf städtische Kosten.
 6. Unterstützung der aus dem Auslande hierher geflüchteten Deutschen.
 7. Unterstützung der hier in Berlin weilenden hilflos gewordenen Ausländer.
 8. Alledurch den Krieg hervorgerufenen Notstandunterstützungen, wie namentlich die vorstehenden, gelten nicht als Armenunterstützungen.
- Dem Bundesrat hatte der Reichstag am 4. August die Ermächtigung erteilt, vorübergehende Einfuhr-Erleichterungen vorzunehmen. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat sehr schnell Gebrauch gemacht, denn schon wenige Tage darauf beschloß er wesentliche Erleichterungen für die Getreideeinfuhr (etwa so, wie sie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon von jeher gefordert hat), desgleichen Aufhebung der Zölle für Getreide, Gemüse und sonstige Nahrungsmittel, ferner für Fleisch, Fisch und Fischprodukte, Seife, Butter, Eier, Futtermittel und noch weitere wichtige Verbrauchsgegenstände.
- Die Gemeinden rühen sich ebenfalls. Zum Teil schon vor der Mobilmachung konnte man lesen, daß die Verwaltungen von verschiedenen Großstädten große Summen zum Einkauf von Lebens-

mitteln und zu Unterstützungszwecken bereitstellten, hauptsächlich zur Erhöhung der Reichsunterstützung für die Familien der Vaterlandsverleibiger. Es gibt jetzt wohl keinen Ort von einiger Bedeutung, der nicht in der einen oder anderen Weise versucht hat, den unheilvollen Folgen des Krieges zu begegnen. (Siehe auch die in dieser Nummer beginnende Zusammenstellung unseres Verbandsvorstands darüber.)

Nicht an letzter Stelle stehen unsere Gewerkschaften. Auch unser Verband tut sein möglichstes, um den Familien der eingezogenen Kollegen zur Seite zu stehen, obwohl dies nicht zu seinen Aufgaben gehört.

Unverkennbar ist ferner, daß viele Unternehmer tun, was in ihren Kräften steht, um ihren Arbeitern über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. Allerdings hat sich leider herausgestellt, daß hier nicht alles Gold ist, was glänzt.

Auch den Wohltätigkeits Sinn hat man wahrzunehmen versucht. „Erleichtert den Männern, die in den Krieg ziehen, ihre schwere Aufgabe, indem ich ihnen die Ueberzeugung mitgebe, daß ihre Lieben daheim keine Not zu leiden brauchen.“ Auf diesen Grundton sind die zahlreichen Aufrufe gestimmt, die wir in der Presse und an öffentlichen Anlässen lesen konnten. „Ihr Reichen, herbei!“ hieß es in der Arbeiterpresse. „Das arbeitende Volk stellt die Maschinen seiner wehrfähigen Männer, das Beste, was es hat, mehr kann es nicht geben. Nun tut ihr ein Übriges!“ Und in der Tat, wenn je die Reichen verpflichtet waren, Millionen Lode zu machen, so ist jetzt die Zeit dazu da. Zurzeit fehlt uns die Uebersicht, wie weit diese Aufrufe Erfolg gehabt haben. Hoffen wir das Beste.

Die beste Wohltätigkeit war aber von jeher die Beschaffung von Arbeit. In den ersten Wochen wandte sich die Aufmerksamkeit naturgemäß den Familien der Kämpfer zu. Inzwischen schwoh aber die ohnehin schon nicht kleine Schaar der Arbeitslosen in bedrohlicher Weise an, weil viele Betriebe infolge des Kriegsausbruches zu Arbeiterentlassungen veranlaßt waren. Zwar gab es in manchen Betrieben noch Arbeitsgelegenheit, weil dadurch Plätze frei wurden, daß Arbeiter dem Rufe zur Fahne folgen mußten. Wiewohl verlangten die Unternehmer aber nur militärfähige Arbeiter und wies die große Zahl der landsturmpflichtigen Arbeitslosen zurück. Dies ging so weit, daß das Berliner Polizeipräsidium sich zum Erlaß folgender Aufforderung veranlaßt sah:

„Infolge der Arbeiterentlassungen in großen industriellen und gewerblichen Betrieben sind zahllose Arbeiter, die dem Landsturm angehören, hilflos geworden. Diese versuchen jetzt in großen Scharen durch freiwilligen Eintritt bei einem mobilen Truppenkörper ihrer vaterländischen Pflicht nachzukommen, werden aber, da der Bedarf überall gedeckt ist, fast durchweg zurückgewiesen. Nach den Angaben der Leute ist es für sie eine Unmöglichkeit, im Privatdienst eine Stelle zu finden, da aus ihren Papieren ihre Landsturmpflicht hervorgeht und die Geschäftskreise in der Erwartung baldiger Mobilmachung des Landsturms sich schämen, solche Leute einzustellen. Durch ein solches Verhalten wird aber die Noilage der Arbeiter noch vergrößert, zumal, da auch für ihre Frauen es an Arbeitsgelegenheit fehlt und die Kriegsunterstützung nur an solche Familien ausgezahlt wird, deren Ernährer im Felde stehen.“

Die Arbeitgeber werden daher gebeten, alle freien Stellen bei den Arbeitsnachweisen anzumelden und bei Besetzung der Stellen die landsturmpflichtigen Leute nicht etwa hintanzusetzen. Wenn der Landsturm einbezogen werden sollte, wird eine anderweitige Regelung des Geschäftsverkehrs von selbst eintreten.“

Es liegt auf der Hand, daß bei der Schnelligkeit, mit der gearbeitet werden mußte, Mißgriffe vorliefen. Hoffentlich bemüht man sich jetzt allenthalben, solche zu vermeiden.

Auch die Unternehmerverbände wollen ihren Teil dazu beitragen, um der Not zu wehren. Zum Beispiel erließ der Vorstand des Vereines deutscher Maschinenbau-Anstalten folgenden Aufruf:

„An die deutschen Maschinenbau-Anstalten!“

Eine schwere Zeit ist herangebrochen. Die Länder, die uns umgeben haben, stellen wichtige Absatzgebiete des deutschen Maschinenbaues dar, in denen er trotz des entgegenstehenden Klassenhasses und trotz der der deutschen Industrie nicht günstigen Bestimmungen letzten Erzeugnissen infolge ihrer Güte Geltung und Eingang zu schaffen verstanden hat. Unser bedeutender Wettbewerber, Großbritannien, hat sich diesen Ländern angegeschlossen. Die Vereinigten Staaten, unser anderer wichtiger Wettbewerber, bleiben zwar einseitigen politischen neutral, werden aber wirtschaftlich die ihnen günstige Lage in den Absatzgebieten auf dem freien Weltmarkt nach Kräften ausnützen. Auch wenn die Entscheidung der Waffen zu Deutschlands Gunsten ausfällt, wird der deutsche Maschinenbau schwer zu kämpfen haben, um seiner Stellung die alte Festigkeit wiederzugeben. Trübsal ist in dieser schweren Zeit die einmütige Erhebung des deutschen Volkes; sie wird ein köstlicher Besitzstand der Nation bleiben, einerlei, wie die Würfel des Krieges fallen werden. Und dieser Gemeinamteilsgebilde wird auch dem deutschen Maschinenbau erhalten bleiben.

Unsere Geschäftsstelle wird während der Kriegszeit den Vereinstreuten, soweit ihr dies möglich und ihre Beamten nicht anderweitig benötigt werden — ein Teil ist bereits eingezogen oder eingezogen, bei einem andern Teil steht die Entscheidung hierüber bevor —, zur Verfügung stehen. Insbesondere glauben wir, nach einer Richtung vielmehr helfen zu können, das ist die Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten für die zurückgebliebenen Beamten. Während nämlich eine Anzahl Maschinenfabriken nach Einberufung des Landsturms ihren Betrieb voraussichtlich werden stilllegen müssen, werden andere Betriebe im Interesse des Vaterlandes solange wie möglich arbeitsfähig erhalten werden müssen. Das wird aber nur möglich sein, wenn ihnen anderweitig freierhandarbeiten zugeteilt werden. Es ist die freierwerbenden Facharbeiter werden die Arbeitgeberbereinigungen mit Hilfe der Arbeitsnachweise diese Vermittlung übernehmen. Für die freierwerbenden technischen und kaufmännischen Beamten besteht eine solche Vermittlung zurzeit aber noch nicht. Wir stellen uns unseren Vereinstreuten für diesen Zweck

zur Verfügung und bitten diejenigen, welche Beamte benötigen, uns dies unter genauer Angabe der erforderlichen Eigenschaften zu melden, und ebenso diejenigen, bei denen Beamte frei werden, die sich zur Verfügung stellen können, diese Beamten zu veranlassen, daß sie uns entsprechende Mitteilung machen. Wir werden dann suchen, zu vermitteln. In gleicher Weise arbeiten der von dem Zentralverband Deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen gemeinsam ins Leben gerufene Kriegsausschuß für die Industrie und die vom Verein deutscher Ingenieure geschaffene Zentralstelle für Ingenieurarbeit, mit denen wir gemeinsam verfahren werden. Ob es uns möglich sein wird, den Beschluß unserer Hauptversammlung, die Geschäftsstelle in diesem Herbst nach Berlin zu verlegen, auszuführen, steht noch dahin. Wir werden bemüht sein, die Ueberstellung, für welche alle Vorbereitungen getroffen waren, durchzuführen.

Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten.
Der Vorsitzende: gez. Ernst Klein, Kgl. Kommerzienrat.“

Der Bergische Fabrikantenverein in Remscheid riefete an seine Mitglieder ein Rundschreiben, worin er ihnen empfiehlt, ihren Kunden, die mit Rücksicht auf den Krieg ihre Aufträge zurückgezogen, mitzutheilen, daß die Ausführung der erteilten Aufträge zwar aufgeschoben werde, daß aber wegen der moralischen Verpflichtungen der Fabrikanten gegen ihre Arbeiter und die Allgemeinheit eine völlige Annullierung nicht anerkannt werden könne. Für diesen Vorschlag des Verbandes sei die Ansicht des Vereines bestimmend gewesen, daß es in der schweren Zeit, der Deutschland voraussichtlich entgegengehen werde, die vornehmste Pflicht der Fabrikanten sei, ihre Betriebe so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, um den Arbeitern die Ernährer zu ermöglichen; daß demgegenüber auch von der Rundschaft größtmögliche Unterstützung der Fabrikanten in der Erfüllung dieser Pflicht erwartet werden müsse.

Es handelt sich aber nicht nur um Arbeitsgelegenheit, sondern auch darum, daß die bestehenden Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden. Die Tagespresse hat einen in diesem Sinne gehaltenen sehr beherzigenswerten Aufruf veröffentlicht, den der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes im Holzgewerbe, Herr Kahardt, an die Mitglieder verfasste. Da wir annehmen dürfen, daß er auch unseren Lesern bekannt ist, unterholen wir ihn nicht. Der Deutsche Industrie-Schutzverband (Sitz Dresden, die bekannte Erwerbslosengruppenorganisation für Unternehmer) verfaßte einem angeheulenden Ortsverband von Schuhfabrikanten ihre Hilfe, als dieser einen Landsturm einzuweisen außer Kraft setzen wollte. Ein Beispiel, wie es nicht gemacht werden soll, ist das des Schuhfabrikanten in Weick am Ber Uhr. Von diesem herabsetzt die bürgerliche Presse in der zweiten Woche des August folgendes:

„Bei dem Schuhfabrikanten fanden 30 Schuster des hiesigen Kalkgymnasiums Beschäftigung, da es dem Werke an Arbeitskräften mangelt und erhebliche Aufträge für das Heer vorliegen.“

Die Aufträge für das Heer werden jedenfalls gut bezahlt werden, so daß die Firma auch anständige Löhne zahlen kann. Auch gibt es genug arbeitslose Metallarbeiter. Wenn die Firma keine bekommen kann, so wohl nur deshalb, weil sie schlechte Löhne bietet. Ein solches Verfahren verdient natürlich öffentlich getadelnet zu werden.

Ebenso wenig wie die Verschlechterung der Löhne ist die Verschlechterung der sonstigen Arbeitsbedingungen zu billigen, vor allem die des Arbeiterschlusses. Der Bund der Industriellen hätte es nicht unterlassen können, beim Reichsamt zu beantragen, für die ihm zugehörigen Betriebe eine allgemeine Ausnahme von den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zuzulassen. Das war um so verwunderlicher, als bekanntlich durch ein solches weitgehender Art Ausnahmen für bringende Gelegenheiten in mehr als ausreichendem Maße vorgekommen sind. Es ist deshalb selbstverständlich, daß den Herren jetzt aus dem Reichsamt des Innern folgender Bescheid zuging:

„Wenn ich auch nicht verkenne, daß Ihre Betriebe in den gegenwärtigen Kriegszustand erhalten werden müssen, so kann ich es doch nicht für zulässig erachten, Ihrem Antrag zu entsprechen. Das Gesetz vom 4. August 1914 will solche Ausnahmen nur für den äußersten Notfall zulassen, wenn es nach Lage der Verhältnisse unmöglich ist, ohne die Ausnahmebewilligung auszukommen, wegen insbesondere die betreffenden Arbeiter durch Männer, die Beschäftigungsbefchränkungen nicht unterliegen, ausführen lassen. Solange also, wie es gegenwärtig der Fall ist, eine überaus große Anzahl von Männern infolge der Betriebsbeschränkung gewerblicher Betriebe ohne Beschäftigung ist, würde es dem Gesetz zuwider sein, die Beschränkungen der Gewerbeordnung für die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern durch die Bewilligung von Ausnahmen zu durchbrechen. Wenn in der Eingabe darauf hingewiesen wird, daß den jugendlichen und weiblichen Arbeitern durch die nachgesuchten Ausnahmen willkommene Arbeitsgelegenheit gegeben würde, so fällt dagegen entscheidend ins Gewicht, daß für die Frauen und Kinder der zum Kriegsdienst berufenen Arbeiter reichlich eine Ersatzbeschäftigung ist, die von den Kommanen selbst noch eine wertvolle Ergänzung ergibt. Um eine geordnete Versorgung der gesamten arbeitenden Bevölkerung sicherzustellen, muß deshalb mit allem Nachdruck dahin gewirkt werden, daß zu Beschäftigungen der in Rede stehenden Art ausnahmslos die verfügbaren Männer herangezogen werden, denen die Mittel zu einem regelrechten Unterhalt für ihre eigenen Frauen und Kinder nur auf diese Weise gesichert werden können.“

Wir können an dieser Stelle natürlich nur eine kleine Auswahl von Beispielen und Gegenbeispielen bringen. Hoffentlich wird die Fürsorge durch Unterstützungen und Beschaffung von Arbeitsgelegenheit noch weiter ausgebaut, so daß wenigstens das schlimmste Elend abgewendet werden kann.

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter. Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hatte am 3. August bekanntgemacht, daß den Familien der zum Meer eingezogenen Mitglieder während der Dauer des Krieges wöchentlich 3 M. Unterstützung gezahlt werden solle.

Ueber die Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst entwichenen Mitglieder herrschen teilweise noch Unklarheiten und Mißverständnisse. Wie wir schon in der letzten Nummer vom 3. August betont haben, steht den Mitgliedern ein statutarisches Recht auf eine solche Unterstützung ihrer Familien nicht zu.

Gewerbegerichtliches.

Affordarbeit und höhere Gewalt, sk. (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Mancher Gewerbebetrieb ist in gewisser Hinsicht von der Witterung abhängig, weil zum Beispiel bei feuchter Witterung einzelne Arbeiten erschwert oder überhaupt unausführbar werden.

Arbeiterversicherung.

Heitererhöhung infolge einer missglückten Operation, sk. (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Ein bei einem Betriebsunfall Verletzter darf sich auch ohne besondere Anordnung der Berufsgenossenschaft einem Heilverfahren unterziehen, denn die Berufsgenossenschaft hat hierbei den Vorteil, daß durch die Stellung die von ihr zu zahlende Rente herabgemindert werden oder überhaupt in Wegfall kommen kann.

Volksfürsorge und Kriegszustand.

In der gegenwärtigen schweren Zeit des Kriegszustandes besteht vielfach Unklarheit über das Verhältnis der Versicherten zur Versicherungs-gesellschaft Volksfürsorge während des Krieges.

Dazu sei folgendes bemerkt: Die Pflichten und das Risiko, die die Volksfürsorge übernommen haben, bedingen, daß der Betrieb nach Möglichkeit unter den gegebenen Verhältnissen aufrechterhalten wird, Ansprüche der Versicherten erleiden keine Unterbrechung.

Bei der beiderseitigen gesteigerten Gefahr, für die Versicherten sowie für die Volksfürsorge, ist die Aufrechterhaltung des geregelter Betriebes unbedingt zu erstrahlen, und deshalb werden die Versicherten ersucht, zu ihrem eigenen Vorteil ihren Verpflichtungen nach Möglichkeit nachzukommen.

Die Versicherung der Arbeiter ist die Volksfürsorge. Auskünfte wird erteilt in allen Verkaufsstellen der Konsumvereine sowie durch die Vertrauensleute der Volksfürsorge und der Gewerkschaften.

Vom Ausland.

Belgien.

Vom 3. bis zum 6. August sollte in Brüssel eine internationale Konferenz der Zumeistleren und Goldschmiede stattfinden. Sie kam aber nicht über die erste Sitzung hinaus, denn mittags um 12 Uhr fürzte der belgische Genosse de Ma in in den Saal und rief: „Die Deutschen werden nachmittags Mittag bombardieren.“

Niederlande.

Der Allgemeine Niederländische Metallarbeiterverband hielt vom 20. bis zum 22. Juni in Amsterdam seinen sechsten Kongress ab. Wie der Vorsitzende De Klerk in seiner Eröffnungsrede mitteilte, hatte der Verband zur Zeit seines ersten Kongresses 630 Mitglieder.

Frankreich.

Französische Arbeiterorganisationen vor der Mobilisierung. Unser Pariser Mitarbeiter, dem es glücklich gelang, nach Deutschland zu entkommen, sandte uns folgenden Bericht von seinen letzten Erlebnissen: Als nach dem Ultimatum Oesterreichs an Serbien die französische demokratische Presse die öffentliche Meinung gegen Oesterreich und Deutschland aufzurufen begann, da veranstalteten zur bessern Unterstützung dieser Sache die Schreier der Action Française auf den großen Boulevards Kundgebungen gegen Deutschland und für einen Krieg.

gegenüber den unbrüderlichen Gehereten einflussreicher rebandewüstiger Politiker. In den späten Abendstunden des 27. Juli wurden zwar die Friedensmanifestanten auf höheren Befehl durch die Polizei in brutaler Weise auseinandergetrieben — gegen 500 Verhaftungen erfolgten — aber trotzdem wagte selbst die gewissenlose Sekspresse es nicht, am andern Morgen die Behauptung und die Wucht dieser Kundgebung in Abrede zu stellen.

Die Haltung der Parteiorganisationen war in den erregten Tagen vor dem 2. August eine viel zurückhaltendere als die der Gewerkschaften. Unbegreiflich erschien das Vertrauen der Partei in die Friedensliebe der französischen Regierung, die erziehermaßen alles für einen Krieg vorbereitete, und der schon am 30. Juli das Mißgeschick widerfuhr, ihre gedruckten Ausweisungsbefehle für alle Deutschen und Oesterreicher in Etich, einem Pariser Vorort, angelehnt zu sehen.

Am 1. August habe ich mit dem letzten aus der Schweiz durchfahrenden Zug Paris verlassen und seitdem keine Pariser Bätter zu lesen bekommen. Aber ich möchte doch, wenn es dem Glauben an ausbrechende ernste Unruhen in Paris, wie sie vielleicht nach dem jetzt durch die deutsche Presse gehenden Stimmungsbild der Wiener Neuen Freien Presse über die Straßenzusammenläufe nach der hinterlistigen Ermordung unseres großen Genossen Jaurès angenommen werden könnten.

Australien.

Die Metallindustrie ist in Australien erst wenig entwickelt. Die Zahl der industriellen Betriebe aller Art nahm von 13 822 im Jahre 1910 auf 14 878 1912 zu und die Zahl der beschäftigten Personen vermehrte sich in derselben Zeit von 286 831 auf 313 677.

Table with 4 columns: Category, Male, Female, Total. Rows: Employed, Unemployed, Total.

Im Jahre 1912 bezifferte sich das angelegte Kapital der industriellen Betriebe auf 1385,4 Millionen Mark (1 £ zu 20 M. gerechnet), der Wert der verwendeten Materialien betrug 1828,1 Millionen Mark, die Jahreslohn- und Gehaltssumme 676,9 Millionen Mark.

Eine Uebersicht des Umfangs der verschiedenen Gruppen der Metall- und verwandten Industrie, die alle amtliche Betriebsstatistik unterteilt, wird in der folgenden Tabelle gegeben:

Table with 4 columns: Industry, Establishments, Employed, Unemployed. Rows: Iron and steel, Machine building, etc.

Die Zahl der Betriebe nahm von 1910 bis 1912 um 11 Prozent zu und die Zunahme der Zahl der beschäftigten Personen betrug 21 Prozent, also mehr als ein Fünftel.

Von allen in den vorstehend angeführten Industriezweigen beschäftigten Personen waren 1912 70 871 oder 22,3 Prozent männlich und 1332 oder 1,8 Prozent weiblichen Geschlechts.

Die Zahl der Arbeiterkräfte der verschiedenen Industriezweige, das angelegte Kapital und der Wert der im Laufe des Jahres 1912 erzeugten Waren wurden wie folgt angegeben:

Table with 4 columns: Industry, Establishments, Capital, Value. Rows: Iron and steel, Machine building, etc.

In der letzten Novemberrunde des Jahres 1912 wurde eine Spezialuntersuchung über die Löhne durchgeführt. Auf Grund dieser Untersuchungen ergaben sich folgende durchschnittliche Löhne der in der Metall- und verwandten Industrie beschäftigten Personen:

Table with 4 columns: Industry, Average, Minimum, Maximum. Rows: Iron and steel, Machine building, etc.

